

Bürgerinitiative Umwelt Wathlingen

Schwerwiegende Umweltbelastungen für Wathlingen und hohe Gewinne für K+S?

Die BI hat in den letzten Wochen darüber informiert, dass beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) Akteneinsicht beantragt worden ist. Im Einzelnen geht es dabei bezüglich der Haldenabdeckung in Sehnde um die Art der zur Ablagerung zugelassenen Abfälle, Kontrollen und die Funktionstüchtigkeit der Abdeckung. Nach Kenntnis der BI soll es dort Probleme mit der Stabilität geben. Bei der Kalirückstandshalde Wathlingen geht es um die Frage, ob schon für die Halde selbst überhaupt eine wasserrechtliche Genehmigung existiert und wie weit die Halde bereits heute in den Untergrund eingesunken ist. Darüber hinaus geht es um Informationen zu den Grundwasserständen und Erkenntnissen zur Grundwasserversalzung. Unklar ist auch, ob noch Haldenwässer in den Untergrund versenkt werden und wenn ja, auf welcher rechtlichen Grundlage. Hinsichtlich der Flutung will die BI wissen, wieviel Raum in dem ehemaligen Bergwerk für den möglichen Versatz der Halde noch vorhanden ist. Darüber hinaus, was zu den Folgen der Flutung mit Süßwasser (!), wie Auflösung von Stützpfählern und den möglichen Auswirkungen auf die dort noch vorhandenen Rüstungsaltpasten aktuell bekannt ist.

Ein Zugang zu diesen Informationen wird aus Sicht der BI aber verzögert und faktisch verweigert.

Dass die Äußerungen von K+S wenig vertrauenswürdig sind, hat sich aus Sicht der BI beispielsweise bei der Qualität der Abfälle gezeigt, die in Wathlingen abgelagert werden sollen. Laut K+S soll es sich dabei bloß um Bauschutt und Boden handeln. Nicht gesagt worden ist aber, welche Abfälle darüber hinaus noch abgelagert werden und welche Schadstoffe darin tatsächlich enthalten sein dürften. Die Schadstoffwerte Z 2 überschneiden sich nach Kenntnis der BI mit denen der Deponieklasse I und erreichen damit die Werte von Sondermülldeponien.

Aus Sicht der Bürgerinitiative verspricht das für K+S hohe Gewinne.

Laut eines Artikels der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 26.09.2016 ist der Preis in Sehnde für die Annahme von Z 2 Abfällen innerhalb von zwei Jahren von 8,50 € auf 18,50 € pro Tonne gestiegen und eine Preissteigerung auf 20,- € ist schon angekündigt.

Sollte sich diese Entwicklung in ähnlicher Weise fortsetzen, erscheint eine weitere Verdoppelung in den nächsten Jahren realistisch.

Ein Preis von wenigstens 30,- € x (vorsichtig geschätzt) 10 Mio t ergäbe in Wathlingen schon einen möglichen Umsatz von 300 Mio €. Bei der laut des genannten Zeitungsartikels regional bestehenden monopolgleichen Stellung darf wohl heute schon von einem satten Gewinn ausgegangen werden. Das Volumen der möglichen zukünftigen Preissteigerung von 100 Mio € stünde damit - bei nahezu gleichen Kosten - vollständig als Gewinn zur Verfügung.

Das ist aber noch nicht alles. Bei der Flutung des Grubengebäudes (ca. 13 Mio cbm Rauminhalt) lassen sich nach Kenntnis der BI beispielsweise Abfälle aus der

Rauchgasreinigung mit unterbringen. Schon für nahezu unbelastete Asselauge fallen nach einem Bericht der CZ an einem anderen Standort mehr als 50,- € pro cbm an.

Das Wirtschaftsministerium hat eine Akteneinsicht in dortige Vorgänge zu dem Vorhaben Abdeckung der Kalirückstandshalde gleich ganz abgelehnt. Angeblich sind dort keine Unterlagen vorhanden, obwohl der Minister mit K+S über die Haldenabdeckung verhandelt haben soll.

Wie dringend das Land Niedersachsen Deponiekapazitäten gerade für Z 2 Abfälle benötigt, wird in einem Beitrag von Panorama 3 vom 21.02.2017 sehr deutlich. Es fehlt in ganz Niedersachsen an Deponieflächen, weil sich die zuständigen Landkreise zu lange nicht um das unpopuläre Thema gekümmert haben. Der Link zu der genannten Sendung ist auf der Internetseite der BI zu finden.

Und die Bürger? Die zahlen nach Einschätzung der BI die Zeche in Form sinkender Immobilienwerte, insbesondere an den Durchgangsstraßen. Hinzu kommt die Belastung durch Lärm, Staub und Verkehr.

Angesichts des nach Überzeugung der BI immensen wirtschaftlichen Interesses von K+S, der zu vermutenden Vorfestlegung der Landesregierung auf den Entsorgungsstandort Wathlingen und der nach Ansicht der BI drohenden gravierenden Folgen für die Umwelt vor Ort ist ein breiter Widerstand der Bevölkerung gegen die Haldenabdeckung notwendig!

Weitere Informationen unter www.biuw.de

Natur statt Deponie!

Holger Müller